

Ausstieg aus dem Ausstieg

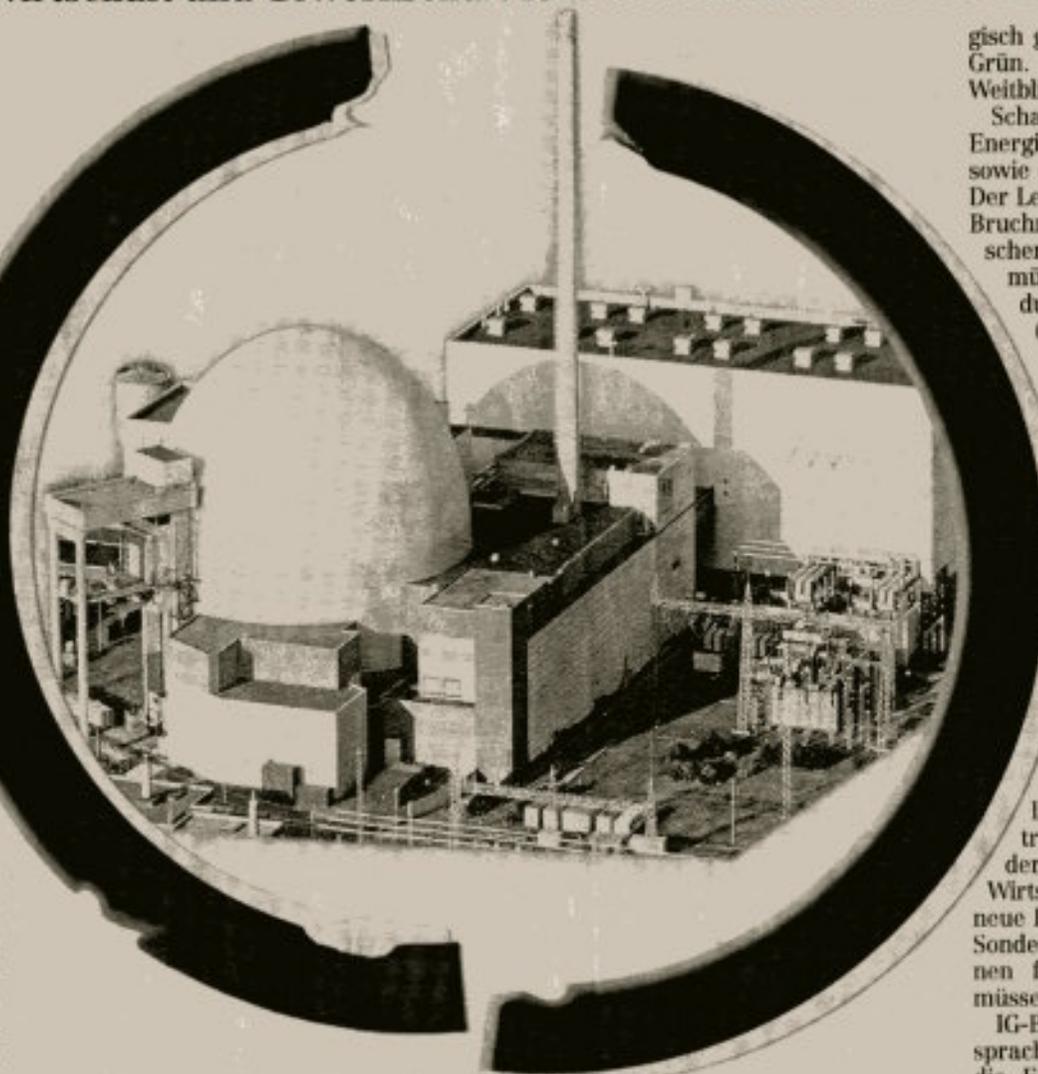
WZ/
4./5.6.03

Union, Wirtschaft und Gewerkschaft fordern Rückkehr zur Kernkraft

Leipzig. Führende Unionspolitiker haben für den Fall eines Regierungswechsels bei vorgezogenen Neuwahlen den Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernkraft angekündigt. Die Vize-Chefin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerda Hasselfeldt und CDU-Bundesvorstandsmitglied Peter Rauen sagten dieser Zeitung, dass ein Energiemix einschließlich Atomstrom für die Versorgungssicherheit Deutschlands unabdingbar sei. „Wir sind davon überzeugt, dass die Kernenergie als Brücke in den zukünftigen Energiemix mit wachsendem Anteil erneuerbarer Energien fungieren muss“, so die Unionspolitikerin. Rauen bezeichnete den Ausstieg als einen „volkswirtschaftlichen Luxus“, der zurückgenommen werden müsse, „weil sich ihn Deutschland nicht mehr leisten“ könne.

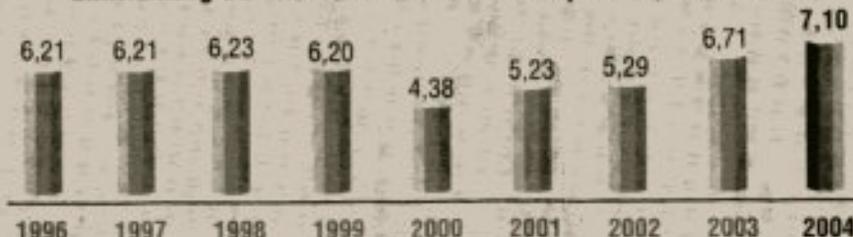
Die Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte gleich nach der Regierungsübernahme 1998 den Ausstieg aus der Kernkraft durchgesetzt. In einem Vergleich mit den Versorgern einigten sich Wirtschaft und Rot-Grün auf einen Korridor bis 2020. In diesem Zeitraum sollen nach und nach deutsche Atommeiler vom Netz gehen. Abgeschaltet sind bereits Stade und Obrigheim. Folgen sollen 2008 Biblis und 2021 Neckarwestheim. Vor allem CSU-Chef Edmund Stoiber hat in den vergangenen Jahren immer wieder den Ausstieg scharf kritisiert und einen Kurswechsel gefordert.

Rauen, der zudem Chef der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist, verwies darauf, dass private Haushalte heute 50 Prozent mehr für Energie zahlen würden als 1998. Nur, so der Unionspolitiker weiter, wenn alle Energieträger ausgenutzt würden, werde Deutschland auch künftig über eine sichere Versorgung zu vernünftigen Preisen verfügen. Hasselfeldt betonte: „Ein übereilter Ausstieg – vor dem eigentlichen Ende der Laufzeiten – macht keinen Sinn. Was wir in Deutschland



Wird der Ring geknackt? Im Fall eines Regierungswechsels soll die Atomkraft in Deutschland wiederbelebt werden.
Montage: Heidi Teske

Entwicklung der deutschen Industriestrompreise (in Eurocent/kWh)



gisch geführte Energiedebatte von Rot-Grün. Augenbinden schaffen keinen Weitblick.“

Scharfe Kritik an der rot-grünen Energiepolitik übt auch die Wirtschaft sowie die Energiegewerkschaft IG BCE. Der Leipziger IG-BCE-Bezirksleiter Uwe Bruchmüller sprach von einer chaotischen Politik, die beendet werden müsse. Der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, warnte vor den langfristigen Kosten, die der Bundesrepublik durch den Verzicht auf Atomenergie entstehen würden. Nur durch einen breiten Energiemix sei auch der Klimaschutz bezahlbar. „Deshalb wollen wir ausdrücklich beides: Kernenergie und regenerative Energien“, so Braun.

Nach Aussagen des Energieexperten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Wolfgang Heller, ist seit der Liberalisierung 1998 der Strommarkt mit zusätzlich zehn Milliarden Euro belastet worden. Das habe den Preis in die Höhe getrieben. Wolfgang Heinze, Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, fordert deshalb, dass eine neue Regierung „Steuern und politische Sonderlasten senken und die Subventionen für Ökostrom zurückschrauben“ müsse.

IG-BCE-Chef Hubertus Schmoltd sprach sich dafür aus, Prioritäten auf die Forschungsanstrengungen zu setzen. „Wenn es denn gelingen sollte, eine neue, noch sicherere Generation von Reaktoren zu entwickeln, dann darf diese Perspektive nicht versperrt werden“, sagte Schmoltd dieser Zeitung. Dies, so der Gewerkschaftschef weiter, wäre ein Beitrag, die Sicherheit der Kernenergienutzung weltweit zu erhöhen. „Entscheidungen über den Bau und die Nutzung solcher Reaktoren wären ohnehin erst in 15, 20 Jahren zu treffen. Auch deshalb eignet sich diese Frage nicht für ideologische Grabenkämpfe.“